

Alle sind gegen den Terror

Doch im Einzelfall – siehe Syrien – gehorchen die Staaten ihren Interessen

Von unserem Redaktionsmitglied Josef Joffe

Alle sind gegen den Terror, aber der Terror ist nicht gegen alle, und an diesem kleinen Unterschied zerschellt noch immer die allseits beschworene Solidarität der Demokratien. Ihn wird auch der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe zu spüren bekommen, der heute in Luxemburg ist, um seine europäischen Gemeinschaftskollegen auf den Weg gegen Damaskus zu bringen. Bei Alexandre Dumas' „Drei Musketiere“ funktionierte das Prinzip „Alle für einen“ jedes Mal, in der internationalen Politik – auch unter Verbündeten – gilt vorweg der *sacro egoismo* der einzelnen Nationen.

Der „Eine“ ist diesmal England. Auf dem Londoner Heathrow-Flughafen hatte ein Jordanier namens Nezar Hindawi versucht, eine Reisetasche voller Plastiksprengstoff an Bord einer israelischen Boeing 747 mit 380 Passagieren zu schmuggeln. Am Freitag wurde Hindawi zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt. „Die Geschworenen“, sagt Sir Geoffrey, „haben Hindawi für schuldig befunden, und wir sind gegenüber Syrien zu dem gleichen Schluß gekommen.“ Eine Hauptrolle habe die syrische Botschaft in London bei dem verhinderten Massenmord-Anschlag gespielt, und deshalb brach die Regierung Ihrer Majestät am Wochenende die Beziehungen zum Assad-Regime ab.

Gehört wurde der Solidaritätsappell vorerst nur in Washington und Ottawa. Kanada rief seinen Botschafter in Damaskus zu Konsultationen zurück, desgleichen die USA, die ihre Beziehungen zu Syrien vorläufig auf Gesandten-Ebene herabstufen wollen. (200 Passagiere an Bord der El Al waren amerikanische Bürger.) Und Britanniens europäische Freunde? „Wir sind nicht optimistisch“, hieß es am Wochenende in Whitehall, und dies ist angesichts der ersten Reaktionen auf

dem Kontinent nicht bloß britisches Understatement.

Da sind zum Beispiel die Franzosen, denen die öffentliche Verdammung der Syrier derzeit überhaupt nicht ins Konzept paßt. Nach der September-Terrorwelle in Paris schien die Regierung Chirac eine Zeitlang gewillt, die Syrer am Portepée zu packen; dann aber setzte sich eine ältere Tradition in Paris durch: die fein dosierte Kooperation mit dem präsumtiven Drahtzieher. Ein Zug französischer Emissäre setzte sich nach Damaskus in Bewegung, um den syrischen Diktator zum Alliierten gegen jene zu gewinnen, die mutmaßlich ihrem Bomben-Handwerk in Paris mit syrischer Protektion nachgingen. Als Preis habe Frankreich – das berichten britische Sonntagszeitungen – einen Waffen-Deal in Höhe von 700 Millionen Mark arrangiert, der kurz vor dem Abschluß stehe. Monsieur Raimond, der Außenminister, habe denn schon zu verstehen gegeben, daß Frankreich Zurückhaltung üben werde. Außerdem: Man müsse Assad helfen, die „terroristischen Elemente“ in seinem Regime kaltzustellen.

Und Bonn spielt wieder einmal das Weltkind in der Mitten: nicht so hart wie die Angelsachsen, nicht so abweisend wie die Franzosen. Es traf sich gut, daß der syrische Außenminister für Ende dieser Woche in Bonn erwartet wurde; ihn höflich auszuladen, war eine Geste, die niemandem wehtat – am wenigsten den Bonnern selbst. Nachdem Sir Geoffrey heute in Luxemburg die britischen Dossiers verteilt haben wird, darf man gespannt sein, wie die Außenamts-Juristen den bekannten Disput über „Hinweise“ und „Beweise“ entscheiden werden. Denn: Was ein Beweis ist, bestimmen nicht britische Schöffen, sondern nationale Interessen.

401